DEUTSCHE BUNDESBANK

# Zusammenfassung des 20. Forum Zahlungsverkehr am 1. Juni 2026

in der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung in Berlin und Brandenburg, Berlin

**Teilnehmer**

| | |
|---|---|
| Herr Balz | Deutsche Bundesbank (Vorsitz) |
| <u>Anbieterseite:</u> | |
| Frau Müller-Ziegler<br>Herr Hellmann | Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) |
| Herr Gabriel<br>Herr Dr. Beyritz | Bundesverband deutscher Banken (BdB) |
| Herr Schäfer | Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV) |
| Herr Dr. Christmann<br>Herr Rabe | Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VöB) |
| Frau Bohne-Winkel | Bitkom |
| Jens Mahlke<br>Stefan Blänkle | Bundesverband der Zahlungsinstitute (BVZI) |
| <u>Nachfragerseite:</u> | |
| Frau Makait | Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) |
| Herr Ruckstuhl | Verband Deutscher Treasurer (VDT) |
| Herr Binnebößel | Handelsverband Deutschland (HDE) |
| Frau Janik | Bundesverband E-Commerce und Versandhandel (bevh) |
| Herr Schönborn | Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) |
| Herr Dern<br>Frau Dr. Regele | Deutsche Industrie- und Handelskammer |
| <u>Deutsche Bundesbank:</u> | |
| Herr Schrade<br>Frau Dr. Winter<br>Herr Dr. Theßeling<br>Herr Richter | |

Beobachter:

| | |
|---|---|
| Herr Lamsfuß<br>Frau Schwarz | Bundesministerium der Finanzen (BMF) |
| Frau Weiss | Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) |

## Tagesordnung

1. **Begrüßung durch den Vorsitzenden**

2. **Abstimmung der Tagesordnung**

3. **Comprehensive Payments Strategy des Eurosystems**

4. **Digitaler Euro**

5. **Wholesale CBDC sowie Stablecoins**

6. **Instant Payments**

7. **Strategische Europäische Autonomie und Operative Resilienz**

8. **Weitere Themen aus der ERPB-Sitzung**

9. **Berichte zu aktuellen Themen**
   - Aktueller Stand PSR/PSD3
   - Roundtable Betrugsbekämpfung
   - Environmental Best Practices Report

10. **Sonstiges/Organisatorisches**

## TOP 1 und 2: Begrüßung und Abstimmung der Tagesordnung

Die Agenda der Sitzung wurde einvernehmlich gebilligt. Das Protokoll der vergangenen Sitzung wurde absprachegemäß nach schriftlicher Abstimmung bereits auf der Website der Deutschen Bundesbank veröffentlicht.

## TOP 3: Comprehensive Payments Strategy des Eurosystems

Der Vorsitzende berichtete, dass das Eurosystem Ende März seine aktualisierte Zahlungsverkehrsstrategie vorgestellt habe, die nun neben dem Retail-Bereich auch Großbetrags-, B2B- und grenzüberschreitende Zahlungen einbeziehe. Im Mittelpunkt stünden vier strategische Ziele: die Sicherung des Vertrauens in Geld durch sicheres Zentralbankgeld, die Gewährleistung eines unabhängigen europäischen Zahlungsverkehrs zur Vermeidung geopolitischer Abhängigkeiten, die Förderung von Effizienz und Innovation durch europaweite Lösungen sowie die Stärkung der internationalen Rolle des Euro durch effiziente grenzüberschreitende Zahlungen. Die Strategie zeige auf, wie bestehende Infrastrukturen weiterentwickelt und neue gestaltet werden sollen. Im Großbetragsbereich seien etwa längere T2-Öffnungszeiten sowie die Projekte Pontes und Appia zu nennen. Im B2B-Bereich liege der Fokus auf eine bessere Integration von Zahlungen in Geschäftsprozesse sowie auf Automation und Standardisierung, während im Retail-Bereich der digitale Euro und private Initiativen wie wero eine zentrale Rolle spielten.

Der Vertreter des BDI begrüßte die Aufnahme des B2B-Zahlungsverkehrs als Schwerpunktthema in der neuen Eurosystem-Strategie. Er unterstrich die genannten Themenfelder Standardisierung und Prozessintegration; gleichzeitig äußerte er den Wunsch, dass sich der öffentliche Sektor – insbesondere die Europäische Zentralbank – aktiver in die Gestaltung dieser Prozesse einbringen solle.

Die Vertreterin der DK begrüßte die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Zahlungsverkehrsökosystem. Positiv hervorgehoben wurde, dass der digitale Euro in der Strategie des Eurosystems als komplementäre Lösung zu privaten Initiativen positioniert würde. Darüber hinaus unterstrich sie die Bedeutung gemeinsamer europäischer Akzeptanzstandards sowie die Bedeutung von Interlinking. Ein Vertreter des HDE merkte an, dass Open Banking eine stärkere Bedeutung erfahren müsse. Ein Vertreter der Bundesbank entgegnete, dass Open Banking Teil der Strategie sei. Eine Vertreterin des Bitkom betonte die Bedeutung von Skalierung und Marktakzeptanz bestehender Zahlungslösungen sowie die Notwendigkeit einer ausreichenden Auswahl sowie faire Wettbewerbsbedingungen. Ein gemeinsames Verständnis aller Akteure sei hierfür essenziell. Positiv bewertete sie die Aufnahme innovativer Elemente, wie z. B. die European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) und insbesondere die Large Scale Pilots als vorteilhaften Implementierungsansatz. Der Digitale Euro werde als komplementäre Lösung gesehen, wobei es die Möglichkeit geben solle, ihn in bestehende private Lösungen zu integrieren. Zahlungsdienstleister stünden bereit, als aktive Partner mitzuwirken, und wünschten sich eine stärkere Einbindung, um Innovationspotenziale voll ausschöpfen zu können. Ein Vertreter der Bundesbank wies darauf hin, dass einige Aspekte aus der Strategie im ERPB weiter behandelt würden, unter anderem B2B Zahlungen und das ERPB künftig auch stärker dabei mitwirken könnte, eine gemeinsame Vorgehensweise mit gemeinsamen Prioritäten aller Marktteilnehmer zu gewährleisten. Entscheidend sei die Klärung der Frage, wie das zukünftige Zahlungsverkehrsökosystem gestaltet werden solle, um knappe Ressourcen effizient einzusetzen. Es

sei aber auch klar, dass nicht alle Fragen abschließend behandelt werden könnten. Abschließend lud der Vorsitzende die Teilnehmer ein, Rückmeldungen auch nach der Sitzung zu übermitteln.

## TOP 4: Digitaler Euro

Eine Vertreterin der Bundesbank berichtete zum Stand des Projektes Digitaler Euro. Die Vorbereitungen seien in der Technical Readiness Phase und ein geplanter Pilot sei ein wichtiger Baustein davon. Das Interessenbekundungsverfahren für den Pilotbetrieb des Digitalen Euro sei am 14. Mai 2026 abgeschlossen worden. Die eingegangenen Rückmeldungen seien vielversprechend, sodass nun die Auswahl der teilnehmenden Zahlungsdienstleister (PSPs) erfolge[1]. Ziel des Piloten sei es, nach der konzeptionellen und technischen Ausgestaltung nun reale Abläufe unter praxisnahen Bedingungen zu testen. Der Pilot solle in der zweiten Jahreshälfte 2027 starten und über zwölf Monate laufen. Die Auswahl der PSPs erfolge nach geografischer Abdeckung, technischer Leistungsfähigkeit und Unterstützung der verschiedenen Anwendungsfällen. Distributing PSPs stellten Dienste für Endnutzer bereit, während Acquiring PSPs die Händlerakzeptanz – etwa über SoftPOS oder E-Commerce-Lösungen – ermöglichten. Der Pilot konzentriere sich auf vier zentrale Anwendungsfälle: Person-zu-Person (P2P)-Zahlungen per Alias, Offline-Zahlungen, NFC-Zahlungen am Point of Sale (POS) sowie E- und M-Commerce. Zentrales Element sei die Digital Euro Service Platform (DESP), welche die Teilnehmer verbinde und Verarbeitung sowie Settlement ermögliche. Die Vertreterin der Bundesbank betonte abschließend, die enge Zusammenarbeit mit der Kreditwirtschaft sei in dieser Phase von zentraler Bedeutung.

Ein Vertreter des BMF erläuterte, dass der Legislativprozess weiter fortschreite. Er sei optimistisch, dass das Europäische Parlament zeitnah eine Position verabschiedet haben werde.[2] Danach könne der Trilog starten und es sei politisches Ziel, diesen bis Ende 2026 abzuschließen.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion betonte eine Vertreterin der DK, dass die DK als konstruktiver Partner für die weitere Ausgestaltung zur Verfügung stehe und äußerte den Wunsch, in engem Austausch zu bleiben. Nach Einschätzung der DK seien die geplanten Funktionen für den Piloten zu umfangreich. Sie hob weiterhin hervor, dass sowohl die Ausgestaltung des Kompensationsmodells als auch die Verbindung zu europäischen und nationalen Schemes von hoher Bedeutung sei. Vertreter des Bankenverbands unterstrichen, wie wichtig ein tragfähiges Kompensationsmodell sei und dass nicht nur die Höhe der Kompensation von Bedeutung sei, sondern auch wie diese sich im Wettbewerb auswirken könne. Der Vorsitzende betonte, dass das Kompensationsmodell allumfassend betrachtet werden müsse. Weiter führte der Bankenverband aus, dass eine stufenweise Einführung (staggered approach) einer sofortigen Umsetzung aller Funktionen vorzuziehen sei. Ein regelmäßiger Informationsaustausch zum Fortgang des Piloten und des Projekts Digitaler Euro zwischen den Verbänden der Kreditwirtschaft und der Bundesbank sei wichtig. Ein Vertreter der DK ergänzte, dass auch eine Information über Erkenntnisse aus dem Piloten wünschenswert sei, damit auch Nicht-Teilnehmende davon profitieren könnten. Der Vorsitzende unterstrich, dass die Bundesbank Information und Austausch für sehr wichtig halte. Aus Sicht des

[1] Die Liste der Teilnehmenden PSPs wurde zwischenzeitlich veröffentlicht: https://www.ecb.europa.eu/euro/digital_euro/pilot/html/index.de.html

[2] Die Position wurde zwischenzeitlich veröffentlicht: https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20260708IPR46377/digital-euro-meps-ready-to-start-negotiations

vzvb sei wichtig, dass der Digitale Euro für Verbraucherinnen und Verbraucher einfach zu nutzen sei und gut über den Digitalen Euro informiert werde. Eine Vertreterin des BMJV erkundigte sich, ob bereits an Kommunikationsmaßnahmen zum Digitalen Euro sowie an Erscheinungsbild und Logo gearbeitet werde. Der Vorsitzende bestätigte, dass daran gearbeitet werde und Marketing und Information eine hohe Bedeutung hätten. Ein Vertreter des VDT betonte, dass der Verband sich für die Nutzung eines Digitalen Euro einsetze und es für den Unternehmenssektor attraktive Anwendungsfälle geben müsse. Der Pilot solle für Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen zeigen, warum eine resiliente Zahlungsinfrastruktur von Bedeutung sei.

## TOP 5: Wholesale CBDC sowie Stablecoins

Eine Vertreterin der Bundesbank erklärte zu Beginn, dass neben den Entwicklungen im Retail-Zahlungsverkehr eine wachsende Nachfrage nach digitalen, schnellen und global einsetzbaren Lösungen für tokenisierte Vermögenswerte zu beobachten sei. Derzeit erfüllten vor allem privat emittierte Stablecoins diesen Bedarf, doch diese seien nicht risikofrei. Für viele Transaktionen bleibe eine sichere Abwicklung in Zentralbankgeld unverzichtbar. Um digitales Geld im europäischen Finanzsystem sicher, stabil und geldpolitisch kompatibel zu halten, brauche es daher eine öffentliche, vertrauenswürdige Alternative: digitales Zentralbankgeld. Mit Wholesale-CBDC (wCBDC) strebe das Eurosystem an, Banken in der Wertpapierabwicklung und bei Großbetragszahlungen eine solche sichere und effiziente Abwicklung auf Distributed-Ledger-Technologie (DLT)-Basis zu ermöglichen. Das Eurosystem verfolge dabei einen zweigleisigen Ansatz: Kurzfristig mit Pontes als „Brückenlösung“ für die Abwicklung tokenisierter Vermögenswerte in Zentralbankgeld, langfristig mit Appia als strategische Grundlage für ein tokenbasiertes, europäisches Finanzökosystem, in dem Zentralbankgeld weiter als Anker fungiere. Die Marktteilnehmer würden dabei eng eingebunden – zu Pontes fände ein regelmäßiger Austausch in Kontaktgruppen statt. Der Start einer ersten Pontes-Version sei für das dritte Quartal 2026 geplant, gefolgt von der erweiterten Lösung Pontes Enhanced ab 2028, die vollständig in die TARGET-Services integriert sein werde und ausschließlich token-basiertes Settlement ermöglichen werde. Die im März 2026 vorgestellte Appia-Roadmap eröffne vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten. Ziel der wCBDC sei nicht die Verdrängung privater Innovation, sondern die Gewährleistung, dass auch im DLT-Zeitalter Zentralbankgeld als sicherer, öffentlicher monetärer Anker in einem souveränen Zahlungsverkehr bereitstehe. Allerdings könne wCBDC nicht alle Anwendungsfälle abdecken – etwa im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr oder für Nichtbanken. Hier könnten private tokenisierte Geldformen wie euro-denominierte Stablecoins oder tokenisierte Bankeinlagen eine sinnvolle Ergänzung darstellen. Im Januar 2026 wurde die deutsch-französische Taskforce zur Zukunft des digitalen Finanzwesens ins Leben gerufen, die umsetzbare Strategien zur Stärkung der europäischen Souveränität, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz entwickeln soll.

Zu Beginn der Diskussion erläuterte ein Vertreter des BMF, dass in dieser Taskforce Sichtweisen aus der Praxis eine wichtige Rolle spielten, was sich u.A. in der Wahl der Co-Vorsitzenden widerspiegle.[3] Aus Sicht des BMF fußt die Weiterentwicklung des europäischen digitalen Finanzwesens auf drei Säulen: (i) der Fertigstellung der Gesetzgebung zum Digitalen Euro (ii) den Arbeiten an wCBDC sowie

[3] Siehe Pressemitteilung des BMF zur Ernennung der Co-Vorsitzenden: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/04/2026-04-22-taskforce-zukunft-digitales-finanzwesen.html

(iii) der Entwicklung starker privater pan-Europäischer Lösungen, auch in tokeniserter Form durch europäische Stablecoins und tokenisierte Einlagen. Ein Vertreter der DK begrüßte die Fortschritte der Eurosystem-Arbeiten zu wCBDC und begrüßte außerdem die erste Einordnung der Bafin, tokenisierte wie reguläre Einlagen zu behandeln. Ein Vertreter des Bankenverbandes begrüßte die aufgegriffenen Entwicklungsstränge, warnte jedoch vor zu langsamen Fortschritten – die Finanzbranche dürfe nicht den Anschluss verlieren. Zwar gebe es erste Initiativen, doch reichten diese nicht aus. Der Verband werde sich in die geplanten Konsultationen konstruktiv einbringen. Ein Vertreter des VDT merkte an, dass der Verband die Entwicklungen von digitalem Geld aufmerksam beobachte und dass das Interesse unter den Verbandsmitgliedern an Angeboten und Diskussionen um die Nutzung von Stablecoins und tokenisierte Einlagen steige. Ein Vertreter des BDI ergänzte, dass Stablecoins zwar Dynamik in die Finanzwirtschaft gebracht hätten, jedoch schwerer in unternehmensinterne Systeme zu integrieren seien; größere Unternehmen zeigten sich daher zurückhaltend. Bei tokenisierten Einlagen stelle sich die Frage der Skalierung; möglicherweise könne die Initiative Agora der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hier unterstützend wirken, so der Vertreter des BDI weiter. Ein Vertreter der Bundesbank betonte zum Abschluss, wie wichtig eine aktive Beteiligung des deutschen Marktes an den weiteren Arbeiten im Rahmen der Agora Initiative sei.

## TOP 6: Instant Payments

Der Vorsitzende wies eingangs darauf hin, dass laut Zahlen des European Payments Council (EPC)[4] im ersten Quartal 2026 rund 36 % aller SEPA-Zahlungen in Echtzeit abgewickelt worden seien. Das Wachstum habe sich aber zwischenzeitlich stark abgeschwächt, da der Zuwachs im Vergleich zum vierten Quartal 2025 lediglich bei etwa 2 % liege.

Als einen möglichen Grund für die verhaltene Steigerung der Echtzeitzahlungen nannte der Vorsitzende die nach wie vor langsame Adoption durch Unternehmen. Dazu könnte auch beitragen, dass die im Oktober des Vorjahres verpflichtend eingeführte Empfängerüberprüfung (auch Verification-of-Payee, VoP) – die im Übrigen weitgehend reibungslos verlaufen sei – von einem Großteil der Unternehmen nicht genutzt würde.

Während der anschließenden Diskussion betonte ein Vertreter des VDT, dass das Thema Empfängerüberprüfung für den Verband hohe Bedeutung habe. Eine interne Umfrage unter den Mitgliedern habe ergeben, dass weniger als 10 % der Unternehmen die Empfängerüberprüfung vollumfänglich umgesetzt hätten. Die überwiegende Mehrheit nutze stattdessen die Opt-Out-Möglichkeit. Als Hauptgrund hierfür wurden technische Hürden genannt, insbesondere die eingeschränkte Kompatibilität bestehender Treasurysysteme mit den Anforderungen des Verfahrens – etwa bei der Verarbeitung der Ergebnisse. Eine europaweite Umfrage der European Association of Corporate Treasurers (EACT) vom April 2026 zeige ein vergleichbares Bild. Zugleich bestünden innerhalb Europas unterschiedliche Umsetzungsvarianten der Empfängerüberprüfung. In einzelnen Märkten seien beispielsweise „VoP on demand“ und „VoP on the fly“ eingeführt worden. Der Verband strebe eine vollständige Einführung an und wünsche sich die Möglichkeit, die Prüfung auch ohne unmittelbar damit verbundene Zahlung beauftragen zu können. Abschließend begrüßte der Vertreter, dass die Bafin die Duldung des Verzichts auf Empfängerüberprüfung bei Sammlern mit nur einer

[4] Siehe EPC Website: https://www.europeanpaymentscouncil.eu/what-we-do/sepa-instant-credit-transfer

Transaktion verlängert habe. Eine Vertreterin des BMF erläuterte in diesem Zusammenhang, dass es beabsichtigt sei, an der Duldung festzuhalten und dies in der PSR/PSD3 auch vorgesehen sei. Ein Vertreter des HDE vertrat die Ansicht, dass die Standardisierung der Nutzererfahrung bei VOP verbessert werden müsse, was zur weiteren Etablierung von Echtzeitüberweisungen beitragen könne. Zur Nutzung von Request-to-Pay in Verbindung mit Echtzeitüberweisungen herrsche darüber hinaus ein reger Austausch zwischen der DK und der Versicherungswirtschaft, führte ein Vertreter der DK aus und ergänzte, dass die Request-to-Pay Funktionen für das GiroAPI Scheme in die Marktkonsultation gehen würden.

## TOP 7: Strategische Europäische Autonomie und Operative Resilienz

Der Vorsitzende wies eingangs auf die aktuelle geopolitische Lage hin und unterstrich die dringende Notwendigkeit, die strategische Autonomie und Resilienz im europäischen Zahlungsverkehr zu stärken.

Eine Vertreterin des BVR berichtete über den aktuellen Stand beim Bezahlverfahren wero. Demnach habe man insbesondere das Onboarding von Nutzerinnen und Nutzern optimiert. Sie betonte, dass die Wahrung der Autonomie weiterhin als wichtig erachtet werde und eine starke Kooperation der verschiedenen digitalen Bezahlverfahren in Europa notwendig sei, um diese zu erreichen. Ein Vertreter des DSGV ergänzt, dass hier zunächst Interoperabilität mit EuroPA, gefolgt von BLIK, angestrebt werde. Durch diese Maßnahmen könnten potenziell 130 Millionen europäische Konsumenten erreicht werden. Es entstehe damit ein Markt für europäische Bezahlverfahren, wobei die Nutzer dann aber auch auf das bestehende Angebot eingehen müssten. Der Vertreter erklärt weiter, man strebe bis Ende 2026 in Deutschland eine Anzahl befähigter Kunden von 12 Millionen an. Dabei solle ein Großteil der Digitalkunden der Sparkassen-Finanzgruppe für die Teilnahme gewonnen werden. Der DSGV habe seinen Beitrag zur strategischen Autonomie im europäischen Zahlungsverkehr geleistet, indem die erforderlichen Funktionen realisiert und ein attraktives Angebot für Händler geschaffen worden seien. Für den E-Commerce-Bereich sei man voll lieferfähig, die Einführung am Point of Sale (POS) sei für 2027 vorgesehen.

Während der anschließenden Diskussion erklärte ein Vertreter des HDE, dass beim Handel großes Interesse an der Einführung von Bezahlverfahren bestehe, die auf Open-Banking Standards und Echtzeitüberweisungen basierten. Wero sähe der Handel demgegenüber primär als ein eigenständiges Scheme. Gleichwohl würden viele Händler sich intensiver mit dem Thema auseinanderzusetzen, sodass die Einführung im E-Commerce auf gutem Wege sei. Dabei werde meist schon die spätere Ergänzung um den Einsatz am POS bedacht. Es stelle sich die Frage nach den Auswirkungen die eine mögliche Integration von Bezahlmethoden der International Card Schemes (ICS) in die wero-Wallet haben könne. Der Vertreter betonte schließlich, dass wero eine verdiente Chance habe, jedoch Zeit für die Umsetzung gebraucht werde. Eine Vertreterin DK berichtete in der Diskussion, dass intensiv Synergien zwischen Girocard und wero evaluiert würden. Der Dialog mit dem Handel sei in diesem Zusammenhang sehr wichtig.

Ein Vertreter der Bundesbank führte anschließend ein, dass die vom Vorsitzenden eingangs erwähnte angespannte geopolitische Lage die Stärkung der operativen Resilienz im europäischen Zahlungsverkehr erfordere. Ein wichtiger Baustein sei dabei die Stärkung der Verfügbarkeit von Offline-Kartenzahlungen. Gespräche mit Akteuren im deutschen Kartenzahlungsverkehr hätten

verhaltene Reaktionen zur Etablierung eines marktbasierten Ansatzes gezeigt. Gleichzeitig bleibe aber festzuhalten, dass technische Störungen unterschiedlichster Art die Online-Autorisierung von Kartenzahlungen beeinträchtigen könnten. Dazu gehörten unter anderem fehlerhafte Softwareupdates, lokale Ereignisse wie durchtrennte Kabel, aber auch Cyberangriffe auf Infrastruktur. Solche Störungen könnten bereits erhebliche Beeinträchtigungen bedeuten, ohne dass schon eine Großkrisenlage vorliegen müsse. Angesichts des steigenden Anteils von Kartenzahlungen am bargeldlosen Zahlungsverkehr in Deutschland müssten diese aber auch in solchen Situationen möglich bleiben. In Dänemark sei z. B. die Möglichkeit der Deferred Authorization für Händler bereits etabliert worden. Deshalb stelle sich die Frage, ob die Mitglieder bereit wären, im Rahmen des Forum Zahlungsverkehr an einer Lösung für die Offline-Fähigkeit des Kartenzahlungsverkehrs in Deutschland mitzuarbeiten. Ein Vertreter der DK zeigte sich einer Beteiligung an einer Arbeitsgruppe gegenüber aufgeschlossen, bevorzuge jedoch einen breit aufgestellten Ansatz, der Akteure über die Kreditwirtschaft hinaus einbeziehe. Er verwies zudem darauf, dass die Haftung bei allen Lösungen geklärt werden müsse und nicht ausschließlich bei der Kreditwirtschaft liegen dürfe. Ein Vertreter des Bankenverbandes gab zu bedenken, dass in anderen europäischen Ländern sehr viel weniger mit Bargeld bezahlt werde als in Deutschland und daher ein für alle Länder gleicher Ansatz nicht sinnvoll wäre. Zudem sei es nötig, die Szenarien genauer zu definieren, die abgedeckt werden sollten. Ein Vertreter des HDE unterstrich das grundsätzliche Interesse des Handels an resilienten Zahlungslösungen, da niemand Kundinnen und Kunden abweisen wolle. Allerdings müssten zunächst zentrale Fragen geklärt werden, insbesondere welche Arten von Systemausfällen kompensiert werden sollen. Kurzfristige Störungen ließen sich aktuell durch Das Elektronische Lastschriftverfahren (ELV) überbrücken, allerdings nur in Verbindung mit der Girocard. Hier sei eine Gleichbehandlung mit den ICS erforderlich. Für längerfristige Krisenszenarien müsse geprüft werden, ob eine Deferred Authorisation Lösung eingeführt werden könne, wobei die damit verbundenen Risiken und mögliche regulatorische Lösungen zu analysieren seien. Der Vertreter betonte zudem die Bedeutung klarer Kommunikationswege zwischen Handel, Banken und Aufsichtsbehörden. Die Frage, ob Maßnahmen wie ELV, die derzeit freiwillig sind, verpflichtend werden sollten, müsse ergebnisoffen diskutiert werden, da der Handel bereits heute bestimmte Risiken trage. Das Thema solle weiterverfolgt werden, möglicherweise jedoch außerhalb des Forums Zahlungsverkehr, um eine zielgerichtete Lösung zu finden. In diesem Zusammenhang stelle ein Vertreter des Bankenverbandes klar, dass das ELV nicht Teil des Girocard Systems sei und daher nicht als Offline-Variante von Girocard-Zahlungen gesehen werden könne. Aus Sicht der Vertreterin des BMF seien die angestellten Überlegungen zur Resilienzsteigerung des unbaren Zahlungsverkehrs sinnvoll. Sie begrüßte ausdrücklich die Fortsetzung des Austauschs – unabhängig davon, ob dieser im Rahmen des Forums Zahlungsverkehr oder in einem anderen Gremium stattfinde und betonte die Präferenz des BMF für einen markbasierten Ansatz. Der Vorsitzende schloss die Diskussion mit der Zusicherung, nach Möglichkeiten zu suchen, das Thema weiter zu behandeln. Zwischenzeitlich wurde eine Unterarbeitsgruppe des Forum Zahlungsverkehr zur Offline-Kartenfunktion etabliert.

## TOP 8: Weitere Themen aus der ERPB-Sitzung

Ein Vertreter der Deutschen Bundesbank informierte über die nächste Sitzung des Euro Retail Payments Board (ERPB), die für den 18. Juni 2026 in der sogenannten Technical Composition mit Expertinnen und Experten geplant sei. Auf der Agenda stünden Echtzeitzahlungen sowie die

Bekämpfung von Betrug im Zahlungsverkehr – beides Themen, die bereits in der aktuellen Sitzung behandelt worden seien.

Zu TOP 3 (Comprehensive Payment Strategy) erinnerte der Vertreter daran, dass sich das ERPB mit Verbesserungen bei B2B-Zahlungen beschäftigen werde, insbesondere mit dem Ziel einer besseren Integration von Zahlungen in Geschäftsprozesse. Die EZB werde in der kommenden Sitzung vorschlagen, hierzu eine Arbeitsgruppe einzurichten. Es sei denkbar, diese Aktivitäten auch im Rahmen des Forum Zahlungsverkehr näher zu begleiten, um Einfluss auf die weitere Entwicklung auszuüben. Allerdings hänge dies vom Verlauf der Diskussion im ERPB ab. Bei Bedarf könne man – ähnlich wie bei anderen Themen – zu einer virtuellen Sondersitzung einladen. Die Strategie sehe zudem Verbesserungen beim grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr vor. In diesem Zusammenhang werde die kommende ERPB-Sitzung die Nutzung des EPC OCT Inst Scheme für SEPA Echtzeitüberweisungen behandeln, insbesondere welche Hindernisse einer breiteren Nutzung entgegenstehen könnten.

Im Ergebnis soll zunächst der Ausgang der ERPB-Beratungen zur möglichen Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu B2B-Zahlungen abgewartet werden. Im Anschluss daran solle das Interesse der Teilnehmenden des Forum Zahlungsverkehr an einer eigenen Arbeitsgruppe zu diesem Thema abgefragt werden. Ein Vertreter des BDI erklärte, sich unter den Mitgliedern seines Verbandes für eine Teilnahme an einer solchen Arbeitsgruppe einsetzen zu wollen. Ein Vertreter des Bankenverbandes äußerte, dass das OCT Inst Scheme grundsätzlich unterstützt werde, die konkrete Nutzung jedoch eine individuelle geschäftspolitische Entscheidung jedes einzelnen Zahlungsdienstleisters darstelle.

## Top 9: Berichte zu aktuellen Themen

Der Vorsitzende informierte über den Stand der Verhandlungen zu PSD3 und PSR. Er teilte mit, dass sowohl die politische als auch die technische Einigung in den Verhandlungen erreicht worden sei. Eine Vertreterin des BMF ergänzte, dass die sprachjuristischen Dienste derzeit die Rechtstexte übersetzten. Die Abstimmung im Europäischen Parlament und Rat werde voraussichtlich nach der Sommerpause erfolgen, mit einer finalen Annahme im Oktober oder November. Im Anschluss an die Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union würden die neuen Regelungen zeitnah in Kraft treten. Der Zeitpunkt der Anwendbarkeit bzw. Geltung der Regelung liege 21 Monate nach in Kraft treten. Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) prüfe derzeit die technischen Regulierungsstandards (RTS), wobei auch die EUDI-Wallet Berücksichtigung finde.

Ein Vertreter der Bundesbank berichtete, Anfang des Monats habe das zweite Treffen des Roundtable zur Betrugsbekämpfung stattgefunden. Im Fokus der Sitzung habe die Verabschiedung des Konzepts für eine nationale Sensibilisierungskampagne gestanden, die im Herbst dieses Jahres starten solle. Vorgesehen sei, die Rechte an der erfolgreichen österreichischen Kampagne „Phishen Impossible“ zu erwerben und die adaptierte Kampagne über Online-Medien breit auszurollen. Die zweite Expertengruppe befasse sich mit dem sektorübergreifenden Informationsaustausch, insbesondere mit der Frage, welche Identifikatoren für eine effiziente Betrugsbekämpfung geteilt werden könnten und wie dies datenschutzkonform umgesetzt werden könne. Die dritte Expertengruppe setze sich mit den rechtlichen Aspekten der Betrugsbekämpfung auseinander. Ziel sei es, durch ein gemeinsames

Verständnis der geltenden Rechtsgrundlagen Rechtssicherheit zu schaffen. Wo sinnvoll und notwendig, könnten zudem Vorschläge für zusätzliche rechtliche Maßnahmen entwickelt werden.

Ein Vertreter der Deutschen Bundesbank berichtete weiterhin über die im ERPB erarbeiteten Best Practices für mehr Nachhaltigkeit im Zahlungsverkehr. Diese wurden nun zum ersten Mal im Hinblick auf ihre Implementierung in den einzelnen Ländern überprüft, unter anderem auch durch eine Umfrage unter den Mitgliedern des Forum Zahlungsverkehr. Der aktuelle Umsetzungsstand werde in der kommenden ERPB-Sitzung vorgestellt. Demnach würden die Best Practices in den meisten europäischen Ländern zumindest teilweise angewendet. Als Herausforderungen hätten die befragten Institute insbesondere Umstellungskosten, technische und sicherheitsbezogene Anforderungen benannt, rechtliche Vorgaben wie Steuer- und Aufbewahrungspflichten sowie Verbraucherpräferenzen und -Gewohnheiten. Für Deutschland zeige die Umfrage, dass viele Best Practices bereits umgesetzt würden, etwa durch den Verzicht auf Papier oder die Nutzung von Ökostrom. Zudem seien weitere Maßnahmen mit konkreten Zeitplänen in Vorbereitung. Im europäischen Vergleich bewege sich Deutschland damit im soliden Mittelfeld.

## TOP 10: Sonstiges/Organisatorisches

Die nächste Sitzung des Forum Zahlungsverkehr wird am 11. November 2026 (13:30 Uhr - 15:45 Uhr) in Berlin stattfinden. Am Vormittag wird die Sitzung des Nationalen Bargeldforums stattfinden.

Der Vorsitzende informierte über sein Ausscheiden aus der Bundesbank Ende August und dankte den Teilnehmenden für die offenen und konstruktiven Diskussionen sowie die wertvollen Impulse während der Sitzungen der vergangenen acht Jahre.